

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

# Steinmeier: Debatte über Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland beenden

Bundespräsident verlangt Kritikfähigkeit und Gesprächsbereitschaft von Religionen

elo. BERLIN, 19. Oktober. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat dazu aufgerufen, die Debatte darüber, ob der Islam zu Deutschland gehöre, zu beenden. Er freue sich darüber, dass an deutschen Hochschulen zunehmend islamische Theologie gelehrt und dort „mit Klugheit und akademischer Rigorosität“ um die richtigen Antworten auf die Fragen der Zeit gerungen werde, sagte Steinmeier am Freitag beim Festakt zum vierzigjährigen Bestehen der „Christlich-Islamischen Begegnungs- und Dokumentationsstelle“ in Berlin. „Statt endlos darüber zu diskutieren, ob der Islam zu Deutschland gehört, sollten wir uns vielleicht als Christen untereinander und mit unseren muslimischen Nachbarn darüber unterhalten, wie es Christentum und Islam gelingen kann, auf

die Fragen der jungen Menschen wirklich überzeugende Antworten zu geben.“ Die Äußerung von Steinmeiers Vorgänger Christian Wulff, der Islam gehöre zu Deutschland, hatte vor acht Jahren eine lange und kontroverse Diskussion entfacht.

Steinmeier sagte, das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und religiöser Prägung sei nicht konfliktfrei und werde nicht von jedem als bereichernd empfunden. Deswegen müssten Regeln des Zusammenlebens gefunden werden. Es müssten zu all denjenigen klare Grenzen gezogen werden, die im Namen ihrer Religion Verfassung und Rechtsstaat in Frage stellten. Das gelte jedoch auch für diejenigen, die Menschen allein aufgrund ihres „religiösen Glaubens“ ver-

dächtigten, ausgrenzten oder diskriminierten.

Von einer Religionsgemeinschaft müssten mindestens zwei Dinge erwartet werden, sagte Steinmeier. Sie müsse sich selbst befragen, wie die Erwartungen und Verpflichtungen ihrer Glaubenssätze mit dem Zusammenleben in der freiheitlichen Gesellschaft zusammenpassten. „Und zweitens, dass sie eine kritische Befragung durch den anderen, den Andersgläubigen oder den Nichtgläubigen zulässt und sich als gesprächsfähig erweist.“ Nur das beständige Fragen, Zweifeln und Anzweifeln bewahre Religionen vor „sklerotischer Erstarrung und fanatischer Rechthaberei“. Gerade Muslimen werde vielerorts mit Vorbehalten, Ablehnung und „offenem Hass“ begegnet.

# Was zu uns gehört

Von Reinhard Müller

---

Als Christian Wulff seine berühmten Sätze sprach „Der Islam gehört zu Deutschland“ und – nicht zu vergessen – „Das Christentum gehört zweifelsfrei zur Türkei“, konnte das nicht als Beschreibung einer althergebrachten Prägung des jeweiligen Landes verstanden werden. Sondern als Aufruf zur Integration, zu Religionsfreiheit und friedlichem Miteinander, dem sich auch Bundeskanzlerin Merkel angeschlossen hat. Auch wer diesen Satz ablehnt, wie Bundesinnenminister Seehofer, kommt nicht daran vorbei, dass hierzulande Millionen Muslime ihren Glauben leben. Dass sie das auch dürfen, dafür muss eintreten, wem der freiheitliche Rechtsstaat am Herzen liegt.

Der jetzige Bundespräsident Steinmeier meint nun, „statt endlos darüber zu diskutieren“, ob der Islam zu Deutschland gehöre, sollten wir uns als Christen und mit unseren muslimischen Nachbarn darüber unterhalten, inwiefern Christentum und Islam auf Fragen der jungen Leute überzeugende Antworten gäben. Die entscheidende Frage ist freilich: was für ein Christentum, was für ein Islam? Der Staat

darf gar nichts von einer Religion erwarten, außer, dass sie sich im Rahmen der Verfassung bewegt. Das ist nicht wenig. Dazu gehört, dass Staatsdiener neutral auftreten müssen, dass Frauen, Homosexuelle und Angehörige anderer Religionen nicht als minderwertig behandelt werden dürfen. Man darf zum Glück alles Mögliche glauben und meinen in Deutschland, aber ihre Grenzen haben diese Rechte in den Grundrechten der anderen und in anderen Werten von Verfassungsrang.

Auch das sagt und lernt sich leicht, ist aber nicht leicht zu verinnerlichen. Gut, dass Steinmeier das Verächtlichmachen der muslimischen Mitbürger anprangert. Ja, der Islam wird „in Indonesien anders gelebt als in Iran oder in Nigeria“. Rosig für Andersgläubige und für persönliche Freiheiten sieht es freilich in kaum einem islamisch geprägten Land aus. Es ist zu hoffen, dass dieser freiheitliche Verfassungsstaat, der Millionen Verfolgte aufgenommen hat und an Schulen und Universitäten ein friedliches Miteinander der Religionen lehrt, etwas ausstrahlen kann in die Welt. Dazu gehört Standhaftigkeit gegenüber Gewalt und Hetze jedweder Art. Dass diese mühsam errungene Ordnung auch christlich geprägt ist, muss nicht verschwiegen werden.